



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDS.
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 24
8. Jahrgang

14. Dezember 1940

Die Nazis Ost-AsiensJapanische Industrielle
scheffeln Kriegsgewinne

(ITF) Vier Jahre schon führen die Herrscher Japans ihren Raubkrieg auf dem asiatischen Kontinent. Die Bauern und Arbeiter Chinas und Japans leiden, aber für

die japanischen Industriellen ist der Krieg ein ausgezeichnetes Geschäft. 1936, im letzten Jahr der Vorbereitung zum Ueberfall Chinas, wiesen die japanischen Industrie-Aktiengesellschaften als Jahresgewinn 39 1/2% ihres Aktienkapitals aus.In den 3 Kriegsjahren stiegen ständig mit der Not der Bauern und Arbeiter die Kriegsgewinne der japanischen Industrie. Die 1940 zwischen Januar und Juli veröffentlichten Industriebilanzen zeigen, dass die japanischen Kriegsgewinnler im dritten Jahre des Raubkrieges bereits einen Reingewinn von 48,1% ausweisen konnten. - Hinzu kommen noch die verheimlichten Gewinne. Wie hoch diese sind, lässt sich nicht errechnen.

Nur durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter Japans waren derartige Riesengewinne möglich. Um den Arbeitern den Widerstand zu erschweren, hat die japanische Regierung den Terror gegen die Arbeiter verschärft, hat sie (im Sommer 1940) die Gewerkschaften aufgelöst und jetzt (im November) in Japan das reaktionärste Arbeitsrecht der Welt eingeführt, das Nazi-Arbeitsrecht.

Japans Arbeiter werden den
Unternehmern ausgeliefert

(ITF) Berlin freut sich über die einschneidenden neuen arbeiterfeindlichen Massnahmen seiner plutokratischen Verbündeten. Das Berliner Nachrichtenbüro "Eu-

ropapress" berichtet triumphierend aus Tokio, dass die japanische Regierung einen Kabinettsbeschluss veröffentlichte, "der für alle japanischen Arbeiter und Angestellten eine ähnliche Organisation schafft, wie es die Deutsche Arbeitsfront ist". - Diese Information ist nicht ganz korrekt. Das japanische Gesetz unterscheidet sich dadurch von den deutschen Massnahmen, dass die japanische Arbeitsfront ein direktes Staatsorgan ist und nicht, wie die Deutsche Arbeitsfront, Gliederung der Staatspartei.

Doch sonst haben die Arbeiterfeinde in Tokio bis ins Kleinste das deutsche Beispiel nachgeahnt.

Alle Macht dem Unternehmer - In Japan "bildet (jetzt) die Gefolgschaft jedes einzelnen Betriebes die dem Betriebsführer unterstehende Werksgruppe" - ganz so wie in Deutschland das Nazi-"Arbeitsordnungsgesetz" festlegt, dass "der Führer des Betriebes der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten entscheidet". In Japan diktiert der Unternehmer genau wie in Deutschland die betrieblich zu regelnden Arbeitsbedingungen. Als Leiter der Werksgruppe ist er stets gleichzeitig Leiter der betrieblichen Zwangsorganisation. In Deutschland ist der Beitritt zur Arbeitsfront nach den auf geduldige^m Papier verkündeten Nazi-Versicherungen freiwillig. Die Arbeiter und Angestellten werden jedoch durch Drohung mit Dauererwerbslosigkeit und Konzentrationslager gezwungen, der Arbeitsfront "freiwillig" beizutreten. Unternehmer und Belegschaft zusammen sind die Deutsche Arbeitsfront-Gruppe "Betriebsgemeinschaft Werk X" unter Leitung des Betriebswalters. In grösseren Betrieben ist der Betriebswaller selten der Unternehmer selbst, sondern häufig sein Personalchef, in jedem Fall aber ein vom Unternehmer ausgesuchtes Belegschaftsmitglied.

Propaganda- und Spitzelorganisation - Die japanische Werksgruppe "sorg", durch besonders anerkannte (!) Organe dafür, dass einmal die Arbeitenden mit den Absichten der Staatsführung vertraut gemacht werden, zum ändern die Staatsführung über die sozialen Verhältnisse der Arbeitenden unterrichtet wird". - Die Deutsche Arbeitsfront ist die Propagandaorganisation der Nazipartei für die Betriebe und sie berichtet der Gestapo und den staatlichen Arbeitsbehörden über Stimmung und Lage in den Betrieben.

Die Organisation der japanischen Werksgruppe ist dem Nazi-Vorbild genau nachgeäfft. In Japan werden "alle Werksgruppen desselben Arbeitszweiges und desselben Bezirks zu Betriebsgemeinschaften verbunden, die ihrerseits in die Reichsbetriebsgemeinschaft einmünden". In Deutschland sind alle "Betriebsgemeinschaften" des gleichen Wirtschaftszweiges dem gleichen Fachamt in der Gauverwaltung und zentral dem gleichen Fachamt im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront unterstellt.

In Japan ist die Reichsarbeitsgemeinschaft ein Organ des öffentlichen Rechts und mit der Staatsregierung verschmolzen. Die Deutsche Arbeitsfront ist dagegen eine Gliederung der Nazipartei. Der staatliche Sozialapparat arbeitet in Deutschland selbständig und unabhängig von der Arbeitsfront durch seine Reichstreuhand der Arbeit. Die Unternehmer können selbstherrlich über betriebliche Angelegenheiten entscheiden. Die allgemein festgelegten Arbeitsbedingungen werden von den Reichstreuändern der Arbeit festgesetzt. Die Unternehmer haben sich ihren Einfluss auf den Sozialapparat dadurch gesichert, dass zum Arbeitsminister des Dritten Reiches ein Industrieller bestellt und der grösste Teil der Reichstreuänder der Arbeit aus den Reihen der Unternehmerorganisationen genommen wurde.

Die japanischen Unternehmer brauchen diesen Umweg nicht. Ihre "Arbeitsgemeinschaften sind mit voller Vollzugsgewalt über alle Arbeitskonflikte ausgestattet". Das neue japanische Arbeitsrecht bringt das Streikverbot und macht den Unternehmer zum - ach so unparteiischen - Schlichter in allen Arbeitskonflikten.

Arbeitersklaverei ist die "Neue Ordnung", die Berlin, Tokio und Rom den Arbeitern Italiens, Deutschlands und jetzt Japans brachten und der sie alle Arbeitenden Europas, Asiens und Afrikas unterwerfen wollen!

(Für die Red.: Ueber die japanischen Industriegewinne berichtete die "Kölnische Zeitung" am 15.XI. auf Grund japanischer Quellen. - Europapressbericht aus Tokio vom 11.XI.40. - "Faschismus", 27.VII. und 5.X.40.)

Briefe deutscher Soldaten

(ITF) Die Direktion des "Thüringischen Zellwolle"-Konzerns hat eine Reihe Feldpostbriefe veröffentlichen lassen, die ihr von eingezogenen Arbeitern und Angestellten ihrer Werke zugehen. Die zur Veröffentlichung freigegebenen Briefe wurden gesiebt, aber trotzdem gibt diese Sammlung ein Bild der Wirkung des Nazi-Krieges auf bestimmte Gruppen der zum Kriegsdienst einberufenen deutschen Arbeitenden. Die diese Briefe schrieben, arbeiten alle im gleichen Betrieb, im Zellwollwerk Lenzing. Doch zwischen ihnen klafft eine Welt. Der Angestellte Dr. Peter Schlechter schreibt - übrigens in schauererregenden Stil - stolz von Plünderungen in Holland, Belgien und Nordfrankreich. Der Krieg macht ihm noch Spass, so wie so vielen deutschen Angestellten und Arbeitern, die heute noch im Chor der Nazi-Propaganda mitjubeln. Der Arbeiter, der mit der Besatzungstruppe in Luxemburg liegt, spürt den Hass der Besiegten, aber er schreibt - im Monat nach der den deutschen Soldaten so unerwarteten Kapitulation Frankreichs - noch im festen Glauben an Hitlers Unüberwindlichkeit. Doch andere Arbeiter hat der Krieg ernüchert; er hat ihnen die Verlogenheit der sog. Nazi-"Volksgemeinschaft" gezeigt und sie aus dem dumpfen Gehorchen zum Eintreten für das eigene Recht gestossen.

Die Direktion der Thüringischen Zellwolle hat auch zwei Briefe zum Selbstbewusstsein erwachter Arbeiter abdrucken lassen. "Wir halten uns dazu verpflichtet, auch diese beiden Briefe unseren Kameraden an der Front bekanntzugeben und möchten ihnen selbst das Urteil über die Einstellung der beiden früheren Werksangehörigen überlassen."

Wir glauben, dass die Nazi-Direktion damit ein verdienstliches Werk getan hat - allerdings im anderen Sinne, als sie dachte. Die beiden Briefe werden viele Arbeiter in Uniform zum Nachdenken angeregt haben.

Was aus den beiden Briefschreibern wurde, wissen wir nicht.

"Fabelhaft..."

(ITF) Ein Angestellter des Zellwollwerkes Lenzing, ein Dr. Peter Schlechter, schreibt aus dem Felde seiner Direktion: "Die Holländer sind weniger freundlich als die Belgier und Franzosen, soweit die Gebiete nicht vollständig geräumt sind. Die Wohnun-

gen sind in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Das sollen die Schwarzen und Zivilisten gemacht haben. Teilweise ist allerhand zerschossen, meistens herrliches Land, in dem das Vieh auf der Weide sehnsüchtig auf seine Wartung wartet. Unsere Stukabomben sind rechts und links der Chaussee mit einer fabelhaften Genauigkeit gegangen. Zum Quartiermachen wird lustig organisiert (Soldatenausdruck für Requirieren)... Geschäfte sind hier überhaupt nicht, infolgedessen kann man im südlichen Belgien und in Nordfrankreich nichts kaufen, sondern holt sich das für den täglichen Bedarf Notwendige in eifrigem Suchen aus den Haushaltungen heraus, denn die Evakuierung hier muss innerhalb von ein paar Stunden vorgenommen worden sein (sodass die Bewohner viel zurücklassen mussten)..."

Luxemburger welle
blieve, was se sönn

(ITF) Aus dem Feldpostbrief eines Soldaten der deutschen Besatzungsarmee in Luxemburg: "Was wir noch tun ausser warten? Futter holen, bisschen die krummen Beine gerade strecken, die Tage bis zur Löhnung zählen, bisschen Wache schieben und uns über die Leute ärgern. Das eigentlich den ganzen Tag. Mensch, die Luxemburger haben die letzten 20 Jahre restlos verschlafen. Da sind die Franzosen noch haushoch besser. Aber die hier lieben uns garnicht. Wenn sie auch so tun, als wären sie gar nicht böse. Aber ich glaube, die beten täglich, dass wir möglichst rasch abhauen. Beten tun sie ja überhaupt sehr viel, aber jetzt, glaub' ich, doppelt soviel. Wenn sie so ihr Kauderwelsch reden - luxemburgisch nennen sie's - dann geht einem der Stahlhelm hoch. Sie sprechen natürlich auch Deutsch, aber nicht gern. Sie wiegen sich in der Hoffnung, dass die alten Zeiten wieder kommen... daher sagen sie leise, manchmal auch laut: 'Mer wolle blieve was mer sönn'. Wollen schon, aber..."

Ein Soldat lernt denken

(ITF) Die Leitung der Werke des "Thüringischen Zellwolle"-Konzerns zieht allen Arbeitern und Angestellten einen Betrag vom Lohn ab und sendet aus dem so zusammengescharften Fonds im Namen der Werksleitung im Feld stehenden Angestellten und Arbeitern kleine Pakete und zahlt von Zeit zu Zeit den Angehörigen der Soldaten kleine Unterstützungen. Der Arbeiter Max Haase - er ist Gefreiter, hat also denselben militärischen Rang, den Hitler in 4 Kriegsjahren erreichte - hat sich zunächst für alle Spenden bei der Direktion so höflich bedankt, wie es sich für ein braves Mitglied der Deutschen Arbeitsfront gehört, sogar "für die gütige Nachfrage über mein Befinden". Dann war er auf Urlaub in der Heimat und erfuhr, dass die Werksleitung seinen Kollegen die Löhne kürzte, um den Soldaten gegenüber von "Kameradschaft" faseln zu können. Da hatte er genug. "Ich bin vorige Woche auf Urlaub gewesen, habe aber nicht das Werk aufgesucht, man ärgert sich ja bloss über das Wort 'Kamerad'", schrieb er der Werksleitung. "Ich bitte diese Zeilen... weiterzugeben, aber ich warte auf keine Antwort". Als ihm die Direktion mitteilte, dass derartige Briefe sie kränkten, antwortete er kurz und bündig: "Wenn Sie die Wahrheit als Verächtlichmachung ansehen, so tut mir das leid... Dass Sie meiner Frau nochmals eine Weihnachtsgabe von RM 40 ausgezahlt haben, tut mir leid, aber wenn Sie es wieder haben wollen, dann bitte ich um sofortigen Bescheid."

Warum mir das Wort 'Kamerad' zuwider ist? Nun, da kann ich Ihnen auch Bescheid geben. Wenn man so als Urlauber zu Hause ist, sieht man ja die grosse Angabe (d.h. die Grossmäuligkeit), die im Betriebe herrscht. Denken Sie vielleicht, man ist dumm oder bemerkt es nicht? Man hört da genug, wo man sich sein Teil denken kann.

Ich habe nur noch den einzigen Wunsch, mir keine Zeitung und sonstige Gaben zu schicken, denn ich habe sowieso den einzigen Wunsch, mein Arbeitsverhältnis bei der Zellwolle nicht wieder aufzunehmen."

Die Nazi-Direktion verlangte, dass der Soldat sich wegen dieser so offenerherzigen Briefe entschuldige. Der Arbeiter antwortete: "Eine Entschuldigung kommt für mich überhaupt nicht in Frage. Ihr braucht nicht anzunehmen, dass ich Wert auf die Leistungen von Eurem (Spendenfonds) 'Frontdank' lege. Ich jedenfalls möchte in kein falsches Licht kommen und mir später keine Vorwürfe an den Kopf werfen lassen, meinen Arbeitskameraden die sauer verdienten Groschen aus der Tasche gezogen zu haben. Die Kameraden, die noch zu Hause sind, sollen froh sein, das Glück zu geniessen. Wir (Arbeitersoldaten) jedenfalls denken anders. Und warum? Nun, darüber müssen wir ja schweigen".

"Nie wieder..."

(ITF) Der Arbeiter Max Hartung schrieb der Direktion seines Werkes aus dem Felde, dass er nach dem Kriege nicht mehr bei ihr arbeiten wolle. Die Direktion fragte erstaunt, aus welchem Grunde. Der Soldat, dem im Betrieb die Furcht vor der Gestapo den

Mund verschloss, antwortete offen: "Wie ich aus Ihrem Schreiben vom 21. VI.40 ersehen habe, wollen Sie wissen, warum ich kündige. Für mich hat es keinen grossen Zweck, für 67 Pfg. Stundenlohn die ungesunde Bleiarbeit zu verrichten... Dann habe ich meine Augen dermassen verdorben, dass ich auf Hundert Meter kaum noch eine Scheibe erkennen kann. (Trotzdem wurde er eingezogen! - Red.) In den nächsten Tagen werden wir fortkommen. Wohin? Das wissen wir noch nicht. Wenn ich das überstehe, arbeite ich nicht mehr Tag und Nacht, wochentags und sonntags, dass ich dann in zwei bis drei Jahren schon als halber Invalide herumlaufe".

Briefe von vier deutschen Soldaten aus dem gleichen Werk - sie zeigen die Gärung, die der Krieg ausgelöst hat. Noch sind diese Briefe nur Symptome kommender Entwicklung.

Hunger in Polen:

(ITF) Im "Generalgouvernement" Polen dürfen sich nur Deutsche und Ukrainer satt essen; Polen und Juden hungern. Auf den Strassen der polnischen Städte sieht man graue, vom Hunger gezeichnete Gesichter, abgezehrte Kinder, sich müde dahin schleppende Frauen.

Polen und Juden können täglich 250 g Brot kaufen, ein paar Scheiben eines klitschigen, dunklen Brotes aus etwas stark ausgemahlenem Mehl, viel Kartoffeln und manchmal anscheinend auch Sägemehl. - Die Brotration in Deutschland ist 320 g pro Tag.

Für andere Lebensmittel sind keine festen Mindestrationen festgelegt. Die rechte Hälfte der Warschauer Brotkarte enthält nur nummerierte Coupons ohne Warenaufdruck. In den Zeitungen wird mitgeteilt, was auf diese Rationen bezogen werden kann. In den ersten 8 Monaten 1940 gab es z.B. in Warschau auf die Karten nicht ein einziges Gramm Butter oder Margarine, nur drei oder vier Mal für jeden Haushalt eine Halbliterflasche dunklen Speiseöls. Bis zum Juni gab es ziemlich regelmässig 500 g Zucker im Monat, seitdem gibt es wesentlich weniger, manchmal nur 250 g, 62,5 g die Woche, etwas mehr als 1/4 der reichsdeutschen Ration. Gelegentlich gibt es auf einen Abschnitt etwas Teigwaren, Maccaroni oder Nudeln. Im Juni gab es auf Karten manchmal italienische Kartoffeln zum Preise von 35 Groschen das Kilo. Kartoffeln sind nicht rationiert. Im freien Handel kosteten sie damals 40 Groschen, das vierfache des Friedenspreises.

Fleisch gab es in Warschau in den ersten 8 Monaten drei Mal je 100 g, im Durchschnitt also 8,5 g pro Woche, d.i. ein Sechzigstel der reichsdeutschen Fleischration.

Bei diesen Hungerrationen stirbt ein Volk langsam dahin.

Die Deutschen haben in Polen besondere Läden, die relativ gut versorgt sind; sie erhalten höhere Rationen. Oft stehen vor den deutschen Läden hungrige Polen, Kinder, um wenigstens einen Blick auf die ihnen unerreichbaren Herrlichkeiten zu werfen. Ukrainer erhalten die gleichen Rationen wie Deutsche, denn Ukrainer werden von der deutschen Verwaltung vorsichtig behandelt, weil die Nazis in ihnen Bundesgenossen gegen die Polen und, eines Tages, gegen Russland sehen.

Ein Teil der polnischen Bevölkerung muss für Deutschland arbeiten, die deutsche Verwaltung hat ein Interesse daran, dass die Belegschaften der für sie wichtigen Betriebe arbeitsfähig bleiben. Die deutsche Verwaltung lässt deshalb von Zeit zu Zeit den Arbeitern kriegswichtiger Betriebe über die Kantinen und Konsumgenossenschaften Zusatzlebensmittel zukommen, etwa ein Pfund Mehl oder ein Pfund Maccaroni. Der Verteilungsapparat der Konsumgenossenschaften wurde zu diesem Zwecke unter deutscher Oberleitung funktionsfähig gehalten. Doch selbst mit diesen Zusatzrationen können die Arbeiter sich nicht sattessen.

Man kann zwar im Schleichhandel noch Vieles kaufen, aber nur für Phantasipreise. Für Butter wurde in Warschau Anfang September 20 Zloty das Pfund gefordert, der siebenfache Friedenspreis. Für ein Pfund Speck, das im August 1939 noch 2 Zl. kostete, musste im Schleichhandel 12,5 Zl. gezahlt werden, für 1 l Milch, das einst 26 Gr. kostete, wird hintenherum 150 Gr. verlangt. Die Löhne sind niedrig, die niedrigen Mindestsätze der früheren Gewerkschaftstarife waren noch höher als die von den Nazis festgesetzten Höchstlohnsätze für polnische Arbeiter; ein ungelernter Arbeiter müsste fast 3 Stunden arbeiten, bevor er seinen Kindern hintenherum ein Liter Milch besorgen kann.

Und viele Arbeiter arbeiten nur wenige Tage in der Woche.

Kurzarbeit - 3/4 der Betriebe im Generalgouvernement arbeiten heute wieder, aber sie beschäftigen durchschnittlich nur 30% der Vorkriegsbelegschaft und Auftrags- und Rohstoffmangel zwingt sie zu Kurzarbeit. Die Industrieproduktion im Generalgouvernement beträgt nur noch etwa 15% des Vorkriegsstandes

(Für die Red.: Der Bericht stammt aus der ersten Septemberwoche.)

Polnische Arbeiter wehren sich

(ITF) Der nationalsozialistische "Presse- und Dienst des Generalgouvernements" Polen beschwert sich darüber, dass polnische Arbeiter nur widerwillig für die Nazis arbeiten. Er klagt über "mangelhafte Arbeitsdisziplin" und über die "Gewohnheit des polnischen Arbeiters, seinen Arbeitsplatz öfters zu wechseln". Für die Arbeit in Steinbrüchen und in Wäldern seien nicht genug Arbeiter zu finden. Für Waldarbeiten habe man deshalb jetzt Trupps jüdischer Zwangsarbeiter einsetzen müssen.

Weisse Sklavinnen

(ITF) Zehntausende polnischer Mädchen und junger Frauen wurden von den Nazibehörden mit den Zwangsarbeiterzügen nach Deutschland transportiert. Viele arbeiten auf Gütern in Ostdeutschland, manche in Haushaltungen von Nazi-Würdenträgern. Viele sind verschollen. Nur gelegentlich hören die in Deutschland Fronenden Polen, was aus ihnen geworden ist. "Was hier mit unseren Mädchen geschieht, ist ein Verbrechen", schreiben polnische Zwangsarbeiter heim. "Viele sind Soldatenlagern zugeteilt".

Von Zeit zu Zeit werden Verschollene nach Polen zurückgeschickt, krank, manche schwanger.

Die Verwandten der zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschickten Mädchen und jungen Frauen leben in ständiger Sorge. Wird das Mädchen eines Tages verschwinden, verschollen sein?

Auch in Polen verschwinden Mädchen. Fast täglich bringen die polnischen Zeitungen Anzeigenkolonnen mit Notschreien: "Wer hat das Mädchen X.Y. gesehen? Es ging am Mittwoch zur Arbeit. Es kam nicht zurück..."

Deutsche Hausangestellte sind, wo es ihnen möglich war, in die Munitionsfabriken gegangen, wo sie weit besser verdienen als in Haushaltungen. Die Frauen der nationalsozialistischen Würdenträger wollen die Hausarbeit aber nicht selber machen, immer häufiger werden deshalb polnische Hausangestellte beschäftigt. In Ostdeutschland werden diese katholischen Mädchen meist so schlecht behandelt, wie es die Nazis wünschen, aber in deutschen Städten westlich der Elbe, vor allem mit katholischer Bevölkerung, werden sie noch als Menschen geachtet. Den Nazis gefällt das nicht. In München, der Zentrale der nationalsozialistischen Bonzokratie, mahnt die Nazipresse die Hausfrauen, daran zu denken, dass eine Polin "Kind eines Volkes ist, dessen Geschick es ist zu dienen".

Polnische Mädchen sollen wie die polnischen Arbeiter behandelt werden, die "immer gleichsam 'hinter Stacheldraht' arbeiten und hausen".

Polnische Mädchen sollen nicht "am gleichen Tische essen und alle Freuden und Leiden der Hausgemeinschaft teilen... Der Polin gibt die Hausfrau Brot, nicht aber Anteil am Leben der Familie". Schon den Kindern müsse abgewöhnt werden, in polnischen Mädchen einen Menschen zu sehen. "Sie müssen von den Eltern dazu erzogen werden, im polnischen Gesinde etwas Fremdes, anderes zu sehen".

(Für die Red.: Der Warschauer Gewerkschafter, der diesen Bericht übermittelte, hat viele Briefe polnischer Arbeiter an ihre Familien gesehen. Die Warnung an Münchner Hausfrauen erschien u.a. am 8.XI. in den "Münchener Neuesten Nachrichten".)

Nazis bringen Lohndruck und Unterstützungssenkung

Nazis senken Reallohn der holländischen Arbeiter um 30%

(ITF) Systematisch drücken die Nazis die Lebenshaltung der holländischen Arbeiter auf das niedrige Niveau der reichsdeutschen Arbeiterschaft herab. Die Preise sind in Holland bereits um 20% hinaufgetrieben worden, um weitere 10% sollen sie heraufgesetzt werden. Die Steuern sollen erhöht werden. Aber Teuerungszulagen sollen nicht gezahlt werden.

Als die deutschen Truppen am 10. Mai in Holland einfielen, versprach das deutsche Oberkommando in einer Proklamation, dass die Preise nicht erhöht werden dürften. Aber "in den letzten Monaten ist das holländische Preisniveau, das erheblich unter dem deutschen lag, bereits um 15 bis 20% gestiegen", berichtet der Nazi-Wirtschaftskommissar im Haag den Wuppertaler Industriellen. "Man rechnet noch mit einer weiteren Erhöhung um rund 10%. Dazu kommt die Angleichung im Steuerwesen an die Verhältnisse im Reich".

Der neuernannte Preiskommissar aber erklärt den Arbeitern/ "es ist nicht erwünscht, die Löhne nach festen Regeln stets der Index-Ziffer entsprechend heraufzusetzen".

Die Lebenshaltung der holländischen Arbeiter soll gesenkt werden, das gehört zum Plan der nazistischen "neuen europäischen Ordnung".

(Für die Red.: Rede Fischböcks vom 19.XI. vor der Industrie- und Han-

delskammer Wuppertal, "Kölnische Zeitung", 21.XI.40. - Preiskommissar: Radio Hilversum, 4.XII.40.)

Lohndruck im "Protektorat" (ITF) Tschechen sind nach Naziauffassung eine Art besserer Untermenschen. Sie werden daher etwas besser behandelt als Polen oder gar Juden, aber unter Nazi-Protektion sollen sie noch schlechter leben als deutsche Arbeiter. Zielbewusst haben die Nazis deshalb den Lebensstandard der tschechischen Arbeiter gesenkt. Seit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Prag sind die Lebensmittelpreise dem höheren deutschen Preisstand angeglichen worden. Das Ziel ist fast erreicht. Das Berliner Statistische Reichsamt, berichtet, dass im Juli 1940 "die Lebenshaltungskosten in Prag nur noch um 5% unter denen in Berlin lagen". Unter dem Druck der Betriebe mussten den Arbeitern allerdings auch Teuerungszulagen bewilligt werden, den für den Nazikrieg wichtigen Berufen höhere, den andern Gruppen sehr geringe. "Bei der Vielgestaltigkeit der im Uebrigen noch nicht abgeschlossenen Entwicklung lässt sich ein Gesamturteil über die durchschnittliche Lohnerhöhung nicht abgeben". Aber, bemerkt das Berliner Statistische Reichsamt trocken, "die Tarifsätze im Protektorat lagen... Mitte 1940... im Durchschnitt noch um annäherungsweise rund 20% unter den entsprechenden Sätzen in benachbarten Teilen des Reichs (Schlesien, Sudetenland, Sachsen, Mitteldeutschland, Bayern). Im Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt ist der Unterschied grösser".

Reallohn 20% niedriger als im Reich - "Versucht man auch die Abweichungen in den Lebenshaltungskosten in Rechnung zu stellen, so dürften die durchschnittlichen Stundenverdienste im Protektorat Böhmen und Mähren in realer Kaufkraft (Mitte 1940) noch um 15 - 20% niedriger als in den benachbarten Gauen des alten Reichsgebiets gewesen sein".

Und dann noch Lohnkürzung - Die Entwicklung der Tarifsätze gibt dabei noch kein zutreffendes Bild der Lohnentwicklung. Denn überall wurden die Lohnzuschläge verschlechtert. Im September erst wurde den etwa 10.000 Arbeitern der Kladnoer Werke der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und der Földihütte der vom freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband durchgesetzte 25%ige Zuschlag für Nachtschichtarbeit genommen und der Zuschlag für Sonntagsarbeit von 100 auf 50% gekürzt. Man hat den Arbeitern den Verdienstausschlag nur teilweise durch eine kleine Erhöhung der Tariflohnsätze ausgeglichen. Da gleichzeitig wegen der unregelmässigen Lieferung des Rohmaterials häufig kurzgearbeitet werden muss, erhalten die Arbeiter pro Woche über 50 Kronen weniger.

(Für die Red.: "Wirtschaft und Statistik", 2. Septemberheft 1940.- Information tschechoslowakischer Gewerkschafter. Die amtlichen deutschen Ziffern geben ein zu günstiges Bild der Lage, aber zeichnen treffend die Tendenz der deutschen Lohnpolitik.)

Erwerbslosenunterstützung in Norwegen verschlechtert

(ITF) Die Nazis haben die Erwerbslosenunterstützung für unverheiratete norwegische Erwerbslose herabgesetzt. Die bei Notstandsarbeit beschäftigten Erwerbslosen werden nur noch unter Tarif bezahlt. Sie erhalten für einen langen Tag Arbeit an Strassen oder an Baustellen nur 4,50 Kronen pro Tag - ein freier Tiefbauarbeiter arbeitet dafür 2 1/2 Stunden. Nur in Ausnahmefällen und für besondere Arbeiten werden höhere Tagelöhne, bis zu höchstens 9 Kronen gezahlt.

Unterstützungskürzung und schlechte Löhne sollen die Erwerbslose nach Deutschland treiben.

Anfang Januar soll ein erster Transport von 5.000 norwegischen Arbeitern nach Deutschland abgehen. Die Fahrt bis zur Grenze muss die norwegische Regierung bezahlen.

(Für die Red.: Rede des Staatsrats Meidell vom 2.XII.40.)

Betrug an Deportierten

(ITF) Die nach Deutschland verschleppten Arbeiter aus Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Frankreich und Böhmen werden jetzt aufgefordert, ihre Familien nach Deutschland zu holen. Mit der Aufforderung verbinden die Nazipropagandisten das Versprechen einer Dauerexistenz, in Deutschland.

Die Nazis rechnen damit, dass sich die nach Deutschland verschleppten Arbeiter leichter mit ihrem Geschick abfinden, wenn ihre Familie bei ihnen ist. Auch finanzielle Erwägungen spielen eine Rolle, die Sklavenarbeit kann durch Fortfall der gelegentlichen Heimfahrten verbilligt werden. Durch Verschleppung ganzer Familien kann die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte erhöht werden. Und schliesslich werden mit dem Aufhören der regelmässigen Familienbesuche die nach Deutschland verschleppten Arbeiterfamilien isoliert, die Bevölkerung der besetzten Gebiete erhält dann seltener Berichte von Augenzeugen über die Lage im Dritten Reich. Um die Arbeiter zu veranlassen, ihre Familien nach Deutschland zu bringen, wird ihnen eine Dauerexistenz versprochen.

Die Nazis beschwindeln die Arbeiter. Sie wollen ihnen keine Dauerexistenz in Deutschland geben, sie wollen sie nur als Lückenbüsser für einberufene deutsche Soldaten gebrauchen. Sollte nach diesem Krieg wirklich Hitler die deutsche Armee demobilisieren können, dann wird er die ausländischen Sklaven auf die Strasse setzen. Schon heute sagt das Staatssekretär Syrup, der Leiter des "Arbeitseinsatzes im Vierjahresplan". In "Stahl und Eisen", einem Organ der Schwerindustrie, teilt er mit, dass nach dem Kriege allen ausländischen Arbeitern, "wenn nötig, kurzfristig gekündigt werden" kann!

Aus Holland haben die Nazibehörden bisher 80.000 Arbeiter nach Deutschland verschleppt. Das genügt Berlin noch nicht, die Anwerber sind immer noch auf der Jagd nach "Freiwilligen". Die Arbeit wird ihnen dadurch erschwert, dass die holländischen Wohlfahrtsorganisationen und einzelne Gemeindeführer Arbeitslose auch dann unterstützen, wenn sie Arbeit in Deutschland verweigern.

In Dänemark dulden die Nazis derartige Unterstützungen nicht. Dänischen Arbeitern, die nicht nach Deutschland zurück wollen, wurde bisher von den Erwerbslosenkassen nach ihrer Rückkehr eine bescheidene Unterstützung gezahlt. Die deutschen Behörden haben dagegen protestiert und erzwungen, dass die dänischen Behörden diese Unterstützungszahlung jetzt verboten.

Aus Belgien wurden bisher 70 - 80.000 Arbeiter nach Deutschland deportiert.

Mit allen Mitteln versuchen die Nazis zu verhindern, dass die Arbeiter der besetzten Gebiete erfahren, unter welchen Bedingungen in Deutschland gearbeitet werden muss. Arbeiter, die nach ihrer Rückkehr in die Heimat über die Arbeitsbedingungen in Deutschland berichten, wurden deshalb hart bestraft. Ein holländischer Arbeiter, der nach seiner Rückkehr aus Deutschland von seinen Erfahrungen erzählte, wurde jetzt auf 8 Monate ins Zuchthaus gesperrt. Die "Deutsche Zeitung in den Niederlanden" berichtet es zur Einschüchterung aller in Deutschland ernüchterter Arbeiter.

(Für die Red.: "Stahl und Eisen", 1940, Nr. 47.)

Wie Europa ausgehungert wird

Rationierung für Deutschland - Mitte November wurde in Dänemark Butter rationiert und die Erzeugung von Vollfettkäse verboten. "Als Folge der Rationierung stieg der Butterexport beträchtlich", berichtete die offizielle dänische Agrarzeitschrift "Landbrugraedets Meddelsler" am Ende der ersten Rationierungswoche; der Export nach - Deutschland.

Das Land von Fleisch und Butter - Was in Holland geschieht und geschehen ist, hat der Sprecher des Allgemeinen Nederlands Persbureau am 2. Dezember 1940 ganz offenherzig am Nazi-kontrollierten Sender von Hilversum erzählt, "Viele Holländer fragen", sagte er, "wie es nur kommt, dass sich in Holland, dem Land von Fleisch und Butter, im Augenblick Schwierigkeiten bei der Butter- und Fleischversorgung zeigen".

Die Erklärung sei einfach. Im Sommer 1940 sind nicht wie in früheren Jahren grossen Mengen Butter eingekühlt worden. Dagegen war der Butterverbrauch höher als sonst, weil nach dem Einmarsch der deutschen Truppen die Margarinefabrikation gedrosselt wurde. Durch Kraftfuttermangel und Abschlachtungen ist überdies die Milchproduktion erheblich zurückgegangen. Schliesslich hat die Besatzungsarmee gewisse Mengen Butter erhalten und muss weiter mit Butter versorgt werden.

Im Sommer 1940 sind auch nicht wie in früheren Jahren grössere Mengen Fleisch konserviert worden, trotzdem des Futtermangels wegen Massenabschlachtungen nötig waren. Der grosse Fleischanfall wurde sofort nach Deutschland exportiert. Auch die Besatzungsarmee isst holländisches Fleisch. Als Folge der Abschlachtungen ist der Auftrieb in den Schlachthäusern heute nur ein Zehntel des früheren üblichen Auftriebes. - "Wir müssen uns mit den natürlichen Folgen des verlorenen Krieges abfinden", tröstete der Nazisprecher.

Inzwischen ist die Fleischration um 40% gekürzt worden. Auch Käse wurde rationiert, nur noch 100 g dürfen pro Kopf und Woche verkauft werden im Land von Fleisch und Butter!

Fisch für Deutschland - Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen hatten alle ansehnliche Fischereiflotten und tüchtige Fischer. Aber heute ist in diesen vier Ländern Fisch knapp. Die holländische Fischereiflotte kann seit Kriegsbeginn nicht ausfahren, bis zum Einfall der deutschen Truppen hatte daher Dänemark Fisch nach Holland geliefert. Diese Lieferungen haben jetzt aufgehört.

Dänemark muss den besten Fisch nach Deutschland senden. In der Hafenstadt Odense klagt die "Stiftstidende": "die Ernährungsspezialisten fordern uns auf, mehr Fisch zu essen, weil Fisch mehr Vitamine enthält als Fleisch. Aber man kann nur miserable kleine Schollen, etwas Heringe und Kabeljau und alles zu hohen Preisen erhalten" (27.XI.).

In Holland gibt es nicht einmal Heringe.

Beim Abtransport norwegischer Fischladungen nach Deutschland kam es (Ende Oktober) zu zahlreichen Sabotageakten. Viele Norweger wurden zu langjährigen Huchthausstrafen verurteilt. (ITF)

Strassen die nach Russland führen (ITF) Im Herbst 1939 bauten deutsche Zwangsarbeiter Vormarschstrassen gegen Belgien und Holland. Jetzt bauen polnische und ukrainische Zwangsarbeiter Vormarschstrassen gegen Russland. Für Polen hat das Generalgouvernement einen "Baudienst" eingerichtet. Zunächst sollten sich nur 18 bis 24jährige Erwerbslose freiwillig zu 3 Monaten Arbeit beim Bau strategischer Strassen melden. Sie erhielten freie Station und ein Taschengeld. Da sich jedoch genug Freiwillige meldeten, werden jetzt von den Behörden polnische Arbeiter zur Zwangsarbeit im "Baudienst" eingezogen; Ukrainer müssen im ukrainischen "Heimatsdienst" für Hitler arbeiten.

Arbeitszeitverlängerung im holländischen Bergbau (ITF) Auf Anordnung der Nazi-Verwaltung wurde die Sonnabend-Schicht im Limburger Steinkohlenbergbau von 6 auf 8 Stunden verlängert.

Norwegische Volkshäuser werden Nazikasernen (ITF) In ganz Norwegen haben die Quisling-Nazis jetzt die Volkshäuser der Arbeiterbewegung zu Nazikasernen eingerichtet.

Nur abgebrühte deutsche Mädchen sollen Stenotypistinnen in die besetzten polnischen Gebiete gehen, erklärt der deutsche Arbeitsminister. - In den Büros der deutschen Behörden und der Naziorganisation sollen keine Mädchen arbeiten, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben und eventuell Opfer der nationalsozialistischen Menschenjagd noch rechtzeitig warnen.

Alle diese jugendlichen Angestellten sind zwar 6 Jahre im Bund deutscher Mädels auf nationalsozialistische Rohheit gedrillt worden. Aber der Arbeitsminister weiss, dass trotz dieses 6jährigen Drills noch nicht alle Mädchen so verrotten sind, dass sie die nationalsozialistischen Taktiken ohne Weiteres mitmachen. Er hat deshalb den Bund deutscher Mädels er sucht, die Auswahl der Mädchen vorzunehmen und dafür zu sorgen, dass nur Mädchen in den besetzten Osten geschickt werden, die die Gewähr dafür bieten, dass sie "politisch zuverlässig" sind. (ITF)

(Für die Red.: Erlass vom 22. Juni 1940.)

Nazi-Volksgemeinschaft im 2. Kriegsjahr

"Schmutz" statt "Volksgemeinschaft" (ITF) 'Der Krieg bringt die Verwirklichung der nationalsozialistischen 'Volksgemeinschaft', versicherten Hitler, Goebbels und Ley in den ersten Wochen ihres Krieges. Heute sagen sie das nicht mehr so leicht. Denn 12 Kriegemonate haben viele Deutsche ernüchtert. Bitter klagt das Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront, "Der Angriff" darüber, dass in zweiten Kriegsjahr "vielen Leuten erst allerlei Schmutz sichtbar wird, an dem sie vorher achtlos oder bequem vorbeigelaufen sind".

Gegen diesen Schmutz im Alltag des Dritten Reiches wenden sich die Ernücherten. Sie protestieren: "wenn eine Gemüsefrau den knappen Rosenkohl der Frau des Schlächtermeisters für ein gutes Stück Karbonade aufhebt - wenn ein Zigarrenhändler die Havannakiste nur mittags rausholt, wenn die Herren drüben vom Bürohaus kaufen kommen - wenn mal eine Kartenstelle dem Herrn X. einen Bezugsschein gibt, den sie bei derselben Sachlage fünf Minuten vorher Herrn Y. verweigerte - wenn ein Direktor dem Lohnbuchhalter das Gehalt nicht erhöht, aber dem Materialbuchhalter doppelte Spesen bewilligt - wenn ein Feinkosthändler nur den als Stammkunden bedient, der

14. Dezember 1940

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Belin löst seine Gewerkschaft auf

=

B.B.C.

Belin löst seine Gewerkschaft auf (ITF) Am Mikrofon der B.B.C. sagte Henry Hauck, 18 Jahre Mitglied einer der Beamtengewerkschaften, die Belin jetzt auflöste, u.a.:

Herr Belin, ein ehemaliger Beamter, der ohne die Postgewerkschaft und ohne die C.G.T. auch heute noch nur Sekretär der Postverwaltung geblieben wäre, statt Minister der Vichy-Regierung zu werden, wütet gegen seine eigenen Kameraden, deren er sich als Sprungbrett bediente. Er verbot den einzelnen Beamtengewerkschaften sich zusammenzuschliessen, er versucht so, ihre Macht zu brechen. Mit einem Schlage versucht er, die Arbeiter der Privatindustrie zu schwächen und die Arbeiter im öffentlichen Dienst von der Gesamtarbeiterschaft abzuschliessen. Er stellt sie unter die Vormundschaft der Regierung und versucht sie so zu beherrschen und ihre Aktivität zu ersticken.

Tatsache ist, dass diese Massnahmen der ständigen Forderung der reaktionären Grossbourgeoisie entsprechen. Pikant ist nur, dass die Reaktionen ihre Pläne ausgerechnet von Belin ausführen lassen, dem ehemaligen Funktionär der Postbeamtengewerkschaft. Aber diese Massnahmen sind nach der Meinung der Männer von Vichy heute aus anderen zwingenden Gründen nötig.

Denn unter den Beamten findet sich die wirksamste Opposition gegen die Politik der Nazifreunde. Nicht nur weil die Lehrer, die Postbeamten, die Zollbeamten und die Finanzbeamten mit ihrer langen gewerkschaftlichen und republikanischen Tradition die geborenen Feinde des Faschismus sind, sondern auch weil die Beamten mit ihrer Sachkenntnis und Verwaltungserfahrung die Deutschen und die Männer von Vichy wirksam behindern können, denen sie unentbehrlich sind. Und glaubt mir, die Beamten lassen sich die Gelegenheit nicht so leicht entziehen. Viele haben seit Monaten verstanden, die Verwaltung wirksam zu stören und ihre deutschen Vorgesetzten und die Minister von Vichy zur Verzweiflung zu bringen. Ich will keine Details geben, aber Ihr könnt sicher sein, dass die Regierung von Vichy so wütet weil sie den Beamten gegenüber wehrlos ist. Sie kann sie nicht absetzen, weil sie ihre technischen Kenntnisse braucht und wenn heute alles schief geht, wäre es noch viel schlimmer, wenn die Beamten überhaupt nicht arbeiten würden. Deshalb tobt Vichy, erregt sich, versucht, dem Unheil Einhalt zu bieten und trifft wirre Massnahmen. Es spaltet die Beamten-Gewerkschaften auf und sucht aus ihnen dadurch gehorsame Instrumente zu machen, dass sie sie mit eisener Faust niederhält.

Das wird Vichy aber genau so wenig gelingen, genau wie frühere Massnahmen. Die französischen Beamten wissen, dass die eiserne Faust der Regierung aus Papiermaché ist. Sie empfinden die Verordnung Belins als eine unfreiwillige Anerkennung ihres starken Patriotismus und ihres energischen Antifaschismus durch eine diskreditierte Regierung.

Sie sehen in ihr einen Beweis der Machtlosigkeit und lachen über sie stolz und voll Zukunftsglauben. Mehr denn je stehen sie auf der Seite der Arbeiter, von denen man sie trennen will und sie sind entschlossen, den Kampf weiter zu führen gegen den Eindringling und seine Lakaien. Und wenn der Sieg Frankreich befreit haben wird, werden sie helfen, unsere neue Republik zu bauen, unsere verjüngte Demokratie, den neuen und freien Staat, den alle Franzosen ersehnen und in dem sie sich mit ihren Fähigkeiten endlich hingebend dem Ganzen widmen können.

täglich für 20 Mark Sekt oder Hummern kauft" - die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront zählt diese Proben nationalsozialistischer "Volksgemeinschaft" auf - die Ernüchterten protestieren, wenn die Beamten und Händler nach dem Vorbild handeln, das ihnen die Deutschland beherrschende Klique seit 7 Jahren gegeben hat.

Während dieses Krieges wird das nicht besser werden, versichert die Deutsche Arbeitsfront den Protestierenden. - (Für die Red.: "Angriff", Nr. 266, 2.XI.40.)

Deutsche Soldaten
als Zwangsarbeiter

(ITF) Die deutschen Arbeitsämter haben vom Nazi-Arbeitsministerium das Recht erhalten, Soldaten, die von der Armee "zum Zwecke der Arbeitsaufnahme in der Wirtschaft zeitweise be-

urlaubt werden", als Zwangsarbeiter zu verschicken (berichtet der "Angriff" am 8. November).